

Mitteilung des Senats vom 25. März 2003

Arbeit in den Sozialzentren

Die Fraktionen der CDU und der SPD haben unter Drucksache 15/691 S eine Große Anfrage zu obigem Thema an den Senat gerichtet.

Der Senat beantwortet die Große Anfrage wie folgt:

1. Wie haben die Verträge sich entwickelt, die zum Ziel haben, je Sozialzentrum eine vertraglich festgelegte Anzahl von Hilfeempfängern aus dem Hilfesystem zu bringen (Aufgliederung nach allen Sozialzentren und jeweils den einzelnen Sozialzentren)?

Im Rahmen der Umsetzung des Neuen Steuerungsmodells (NSM) hat das Amt für Soziale Dienste Bremen nach der Einrichtung von zwölf Sozialzentren (SZ) zum 1. Oktober 2001 u. a. das Kontraktmanagement eingeführt. Im März 2002 wurden zwischen der Amtsleitung und jeder Sozialzentrumsleitung ein Kontrakt über Finanz- und Leistungsziele für das Jahr 2002 abgeschlossen. Gleichzeitig wurde zwischen der Amtsleitung und der Behörde des Senators für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales eine Rahmenzielvereinbarung für das Jahr 2002 vereinbart.

Die Kontrakte sahen u. a. vor, dass im Bereich der Hilfen und Leistungen zum Lebensunterhalt im Jahre 2002 im Durchschnitt 997 Hilfeempfänger (HE) durch die Sozialzentren aus dem Hilfebezug herausgelöst werden sollten. Das Amt für Soziale Dienste hat über die Arbeit in den zwölf Sozialzentren 962 Hilfeempfänger aus dem Hilfebezug heraus gelöst; damit wurde in der Summe über alle SZ das Kontraktziel im Jahr 2002 zu rd. 98 % erreicht. Die Zielerreichung pro Sozialzentrum ist der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen:

Tabelle: Zielerreichung im Bereich HLU pro SZ für das Jahr 2002:
 Anzahl der Hilfeempfänger (HE); Sozialhilfedichte

Sozialzentren (SZ)	Ø-Ist	Kontrahierter HE-Abbau	Ø-Soll	Ø-Ist	Soll-Ist- Abweich.	Durchschnittliche Sozialhilfedichte*	
	31.12.2001		31.12.2002	31.12.2002		2001	2002
SZ 01 (Blumenthal)	3.354	-80	3.274	3.316	+42	100,1	99,6
SZ 02 (Veegesack)	3.218	-93	3.125	3.310	+185	95,0	97,6
SZ 03 (Burglesum)	2.536	-56	2.480	2.511	+31	74,7	73,8
SZ 04 (Gröpelingen)	4.870	-112	4.758	4.924	+166	143,4	144,9
SZ 05 (Walle/Findorff)	4.186	-66	4.120	4.129	+9	79,8	78,6
SZ 06 (Mitte/östl. Vorstd.)	3.008	-77	2.931	2.916	-15	67,6	65,8
SZ 07 (Neustd/Woltmersh.)	5.566	-99	5.467	5.478	+11	97,9	95,9
SZ 08 (Huchting)	3.249	-68	3.181	3.160	-21	112,8	108,8
SZ 09 (Obervielnd)	2.755	-97	2.658	2.798	+140	80,4	81,2
SZ 10 (Vahr/H-L)	5.837	-86	5.751	5.544	-207	56,2	52,9
SZ 11 (Osterholz)	5.450	-83	5.367	5.167	-200	131,2	131,6
SZ 12 (Hemelingen)	3.070	-80	2.990	2.936	-54	78,3	70,5
Sonst.	461	0	461	409	-52		
Gesamt Stadt	47.560	-997	46.563	46.598	+35	88,6	86,5

*: Durchschnittliche HE-Zahl der letzten 12 Monate pro 1000 Einwohner lt. EMA (Stand jeweils 1. Januar)

Hieraus ist zu ersehen, dass fünf Sozialzentren (Mitte/östliche Vorstadt, Huchting, Vahr/Horn-Lehe, Osterholz, Hemelingen) die vereinbarten Ziele übererfüllt, vier Sozialzentren (Blumenthal, Burglesum, Walle/Findorff, Neustadt/Woltmershausen) die Ziele fast erreicht haben und dass bei drei Sozialzentren (Ve gesack, Gröpelingen, Obervieland) die Zielerreichung unterschritten wurde.

Die Analysen haben ergeben, dass besonders in den Sozialzentren, in denen das Ziel nicht erreicht wurde, erhöhte Zugänge an Hilfeempfängern (durch externe sowie durch interne Wanderungsbewegungen) eine Ursache waren. Darüber hinaus konnte im Jahr 2002 das aktivierende Fallmanagement noch nicht die volle Wirkung erzielen, da dies im Laufe des Jahres 2002 stufenweise aufgebaut worden ist.

Das Amt für Soziale Dienste hat im Jahre 2002 zudem nachfolgend dargestellte Maßnahmen zur Erhöhung der Zielerreichung eingeleitet:

- In Zusammenarbeit mit dem Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales und dem Senator für Finanzen wurden alle Anstrengungen unternommen, in den Wirtschaftlichen Hilfen die fallzahladäquate Personalausstattung im Fallmanagement zeitnah sicher zu stellen.
- Ferner wurde die methodische Kompetenz geschult, die Zugangssteuerung „U26“, mit dem Ziel einer raschen Aktivierung dieses Personenkreises intensiviert und regelmäßige Controllinggespräche mit den Sozialzentrumsleitungen eingeführt. Darüber hinaus wurde das Controlling im Bereich der Wirtschaftlichen Hilfen optimiert: Die Ab- und Zugänge pro Sozialzentrum werden monatlich berichtet sowie die Wanderungsbewegungen von Hilfeempfängern innerhalb Bremens aufgezeigt.

Im Jahre 2003 werden diese Bemühungen intensiviert, damit zum einen die Analysefähigkeit verbessert, aber zum anderen auch die Ab- und Zugangssteuerung im Bereich der Wirtschaftlichen Hilfen nochmals zielgenauer wird.

Nach der vom Senator für Finanzen gesamtbremisch koordinierten Einführung von SAP und des weiteren Ausbaus der Kosten- und Leistungsrechnung im Amt für Soziale Dienste, soll das Berichtswesen im Jahre 2003 optimiert werden, so dass von jedem Sozialzentrum monatlich ein Bericht über die Finanz- und Leistungsziele vorliegt.

2. Wie hoch ist die Anzahl der Hilfeempfänger, die durch die bremer arbeit GmbH (bag) in Hilfe zur Arbeit Maßnahmen gebracht wurden (Aufgliederung nach allen Sozialzentren und jeweils den einzelnen Sozialzentren), und welche Mittel wurden dafür eingesetzt?

Mit der Gründung der Sozialzentren in der Stadtgemeinde Bremen wurden hinsichtlich der Steuerung und des Controllings der Hilfen zur Arbeit (HzA)-Programms (Fonds VI: Kommunale Beschäftigungsförderung) Änderungen notwendig. In den Vorjahren wurde der Verlauf und Erfolg des Programms nicht regional untergliedert betrachtet, die Sichtweise bezog sich auf die Umsetzung des Gesamtprogramms. Daher ist erst ab dem 1. Januar 2002 eine Ausdifferenzierung des HzA-Programms bezogen auf die einzelnen Sozialzentren möglich.

Mit Gründung der Sozialzentren hat die operative Gesellschaft – bremer arbeit GmbH (bag) – mit der statistischen Erfassung der ab 1. Januar 2002 vermittelten Personen, Maßnahmen und Arbeitsverträge sowie der dazugehörigen Mittelbindung auf Ebene der jeweiligen Sozialzentren begonnen.

Insgesamt wurde im Jahr 2002 im Rahmen des Fonds VI des Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramms (BAP) ein Mittelvolumen von 27,071 Mio. € für die Förderung von Sozialhilfeempfänger/-innen zur Integration in Arbeit eingesetzt. Erreicht wurden insgesamt 4.150 Personen in den verschiedenen Programm-Modulen.

Die Übersicht über das Gesamtprogramm – differenziert nach Unterfonds und Maßnahmetypen:
Tabelle: Kommunale Beschäftigungsförderung nach dem BSHG in 2002

Fonds VI		Kommunale Beschäftigungsförderung nach dem BSHG				
		"Hilfe zur Arbeit - HZA-Programm"		(Kommune, ESF)		
				Ausgaben	Personen	Aufteilung
				2002 in		nach SZ
						möglich?
Unterfonds	VI.1	Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt (§ 19.1 BSHG/ §18.4 BSHG) - alle Altersgruppen -				
	VI.1	VI.1.1	Neuverträge Vermittlung in den 1. AM mit LKZ	1.445.794	265 Personen	ja
		VI.1.1.a	Verträge 1.AM aus 2001, die in 2002 hineinragen	753.763	251 Personen	nein
		VI.1.2	Neuverträge Vermittlung in den 1. AM ohne LKZ	0	97 Personen	ja
		VI.1.2.a	Verträge 1.AM ohne LKZ aus 2001	0	53 Personen	nein
		VI.1.3	Qualifizierung 19.1	71.763	63 Personen	erst später
		gesamt		2.271.320	729 Personen	
Unterfonds	VI.2	Vermittlung in den 2.Arbeitsmarkt (Erwachsene ab 26 Jahre) - (§19.2. BSHG)				
	VI.2	VI.2.1	Neuverträge im 2.AM, Erwachsene	8.924.655	928 Personen	ja
		VI.2.1a	Verträge 2 AM Erwachsene aus 2001, die in 2002 hineinragen	8.097.614	899 Personen	nein
		VI.2.2	Qualifizierungskosten	312.998	578 Personen	teilweise:328
		VI.2.3	Sachkosten(Komplementärmittel 19.2; VE aus 2001)	221.665		ja
		VI.2.4	Modellprojekt Soz. Int. Gröpelingen	104.650	ca.100 Personen	ja
		VI.2.5	Programm Strukturhilfen f.Beschäftigung/Personalentwicklung f.d. Anleitung von 590 Beschäftigten in Vertragsmaßnahmen	3.133.375		erst später
					2.505,00	
		gesamt		20.794.958	2.505 Personen	
Unterfonds	VI.3	Programm U26 - Angebote für junge Erwachsene bis unter 26 Jahre				
	VI.3	VI.3.1	Neuverträge im 2.AM, junge Erwachsene (§19.2. U26 BSHG)	1.328.713	155 Personen	ja
		VI.3.1a	Verträge 2.AM junge Erwachs. aus 2001, die in 2002 hineinragen	872.869	122 Personen	nein
		VI.3.2	Berufsorientierungsmaßnahmen	160.723	218 Personen	ja
		VI.3.2a	Maßnahmen zur Stabilisierung/Vorqualifizierung	462.185	334 Personen	ja
		V.3.3.	Assessment (ZIP) (für 23 U26 und 64 über 26jährige)	153.388	87 Personen	ja
		gesamt		2.977.878	916 Personen	
Zwischensumme der Unterfonds VI.1 bis VI.3				26.044.156	4.150 Personen	
				davon Neufälle		2.825 Personen
(nachrichtlich, da Landesprogramm):						
Unterfonds	VI.4	Umschulung von Sozialhilfeempfänger/innen IQL				
	VI.4	VI.4.1	IQL -Neufälle	356.934	24 Fälle	erst später
		VI.4.2	IQL-"Altfälle"	670.066	55 Fälle	erst später
		gesamt		1.027.000	79 Fälle	
Summe 2002 Fonds VI				27.071.156		

* berücksichtigt sind nur die ausgabewirksamen Kosten in 2002 ohne Verpflichtungsermächtigungen

Von den erreichten 4.150 Personen wurden 1.325 Personen in Vertragsmaßnahmen weiter gefördert, die bereits in 2001 abgeschlossen wurden. Für diese Personen liegt aufgrund der Umstellung des Controllings zum Januar 2002 keine Ausdifferenzierung auf Sozialzentren vor. Für die Förderung dieser Gruppe wurden in 2002 insgesamt 9,724 Mio. € als Arbeitsentgelt eingesetzt.

Für die Förderung von Personen, die in 2002 mit einer Vertragsmaßnahme begonnen haben, wurden 11,699 Mio. € eingesetzt. Insgesamt wurden 1.445 Verträge (mit und ohne Lohnkostenzuschuss [LKZ]) in 2002 neu abgeschlossen. Diese Personen gliedern sich wie folgt auf die einzelnen Sozialzentren auf:

Tabelle: Neu abgeschlossene Verträge im Rahmen von § 19 BSJH im Jahre 2002

Sozialzentrum (SZ)	19.1. BSHG mit LKZ	19.1. BSHG ohne LKZ	19.2. BSHG Erw.	19.2. BSHG U 26	Summe
SZ 01 Blumenthal	10	1	58	11	80
SZ 02 Vegesack	26	3	55	23	107
SZ 03 Burglesum	16	0	41	8	65
SZ 04 Gröpelingen	19	9	96	21	145
SZ 05 Walle/Findorff	31	8	96	20	155
SZ 06 Mitte/östliche Vorstadt	15	7	97	7	126
SZ 07 Neustadt/Woltmershausen	27	17	123	20	187
SZ 08 Huchting	19	9	50	10	88
SZ 09 Obervieland	12	4	38	2	56
SZ 10 Vahr/Horn-Lehe	37	19	112	11	179
SZ 11 Osterholz	24	12	77	12	125
SZ 12 Hemelingen	29	8	85	10	132
Summen	265	97	928	155	1.445

Insgesamt wurden 362 Personen auf den 1. Arbeitsmarkt (§ 19 Abs. 1 BSHG) und 1.038 Personen auf den 2. Arbeitsmarkt (§ 19 Abs. 2 BSHG) vermittelt.

Die entsprechende Mittelaufteilung für die Sozialzentren ist aus der folgenden Tabelle ersichtlich:

Tabelle: Ausdifferenzierung von Instrumenten und Kosten auf Sozialzentren

Position / Sozialzentrum		SZ 1	SZ 2	SZ 3	SZ 4	SZ 5	SZ 6	SZ 7	SZ 8	SZ 9	SZ 10	SZ 11	SZ 12	Summe
		Blumenthal	Vege sack	Burglesum	Gröpe-lingen	Walle/Findorff	Mitte/östliche Vorst.	Neust./Woltmersh.	Huchting	Oberw.-land	Vahr/Schwachhausen/Horn	Osterhok	Heme-lingen	
Neuverträge §19 1. M ±LKZ	Personen	10	26	16	19	31	15	27	19	12	37	24	29	265
	Kosten in T	50,84	125,29	69,40	108,73	190,75	87,13	143,92	108,04	68,79	205,31	147,39	140,19	1.445,79
Neuverträge §19 1. OHNE LKZ	Personen	1	3	0	9	8	7	17	9	4	19	12	8	97
Neuverträge §19 2, Erwachsene	Personen	58	55	41	96	96	97	123	50	38	112	77	85	928
	Kosten in T	497,81	571,22	408,49	906,42	822,12	1.020,35	1.331,24	394,35	314,75	1.140,95	715,24	801,70	8.924,66
Neuverträge §19 2. U 26	Personen	11	23	8	21	20	7	20	10	2	11	12	10	155
	Kosten in T	95,84	165,61	87,53	151,05	175,25	71,08	193,06	106,58	25,84	101,70	86,33	68,86	1.328,71
Qualifizierung § 19 1., §19 2 Erwachsene (ohne Q. in Programm Strukturhilfen)	Personen	19	19	20	27	37	26	36	19	17	37	40	31	328
	Kosten in T	18,26	17,79	18,63	26,37	35,22	25,66	34,38	18,26	16,59	34,28	35,85	28,78	310,06
Berufsorientierung U 26	Personen	6	18	4	15	9	20	38	17	11	22	31	27	218
	Kosten in T	4,42	13,27	2,95	11,06	6,64	14,75	28,02	12,53	8,11	16,22	22,86	19,91	160,72
Stabilisierung/Vorqualifiz. U 26	Personen	42	49	23	26	23	24	37	19	6	27	31	27	334
	Kosten in T	58,12	67,81	31,83	35,98	31,83	33,21	51,20	26,29	8,30	37,36	42,90	37,36	462,18
Assessment U 26	Personen	4	3	4	5	10	5	16	5	8	7	8	12	87
	Kosten in T	7,05	5,29	7,05	8,82	17,63	8,82	28,21	8,82	14,11	12,34	14,11	21,16	153,39
Modellprojekt Gröpelingen	Personen				100,00									100
	Kosten in T				104,65									104,65
Summen Personen		151	196	116	318	234	201	314	148	98	272	235	229	2.512
Summe Kosten		732,35	966,28	625,88	1.353,06	1.279,43	1.260,99	1.810,02	674,88	456,48	1.548,16	1.064,68	1.117,96	12.890,16

Neben Vertragsmaßnahmen werden Sozialhilfeempfänger/-innen in vielfältigen Qualifizierungs-, Stabilisierungs- und Berufsorientierungsmaßnahmen gefördert.

Insgesamt wurden für diese Maßnahmen 12,657 Mio. € eingesetzt. Von den Maßnahmen profitierten insgesamt 1.380 Personen. Davon ist für 313 Personen bislang noch keine Zuordnung auf Sozialzentren möglich, da Verwendungsnachweise erst nach dem 31. März fällig und geprüft werden können.

Auch ist hier die entsprechende Mittelaufteilung auf Sozialzentrumsebene aus der obenstehenden Tabelle ersichtlich.

Die Verteilung der verbleibenden 1.067 Personen gestaltet sich wie folgt:

Tabelle: Qualifizierungs-, Stabilisierungs- und Berufsorientierungsmaßnahmen im Rahmen § 19 BSHG im Jahr 2002

Sozialzentrum (SZ)	Qualifizierung Erwachsene	Berufsorientierung U 26	Stabilisierung/Vorqualifizierung	Assessment	Summe
SZ 01 Blumenthal	19	6	42	4	71
SZ 02 Vege sack	19	18	49	3	89
SZ 03 Burglesum	20	4	23	4	51
SZ 04 Gröpelingen	27	15	126	5	173
SZ 05 Walle/Findorff	37	9	23	10	79
SZ 06 Mitte/östliche Vorstadt	26	20	24	5	75
SZ 07 Neustadt/Woltmershausen	36	38	37	16	127
SZ 08 Huchting	19	17	19	5	60

Sozialzentrum (SZ)	Qualifi- zierung Erwachsene	Berufsori- entierung U 26	Sta- bilisierung/ Vorqualifi- zierung	Assess- ment	Summe
SZ 09 Obervieland	17	11	6	8	42
SZ 10 Vahr/Horn-Lehe	37	22	27	7	93
SZ 11 Osterholz	40	31	31	8	110
SZ 12 Hemelingen	31	27	27	12	97
Summe	328	218	434	87	1.067

Flankierende Unterstützung wie die im Rahmen des Landesprogramms Strukturhilfen für Beschäftigung und Personalentwicklung sowie durch Sachkostenzuschüsse geleisteten Förderungen an arbeitsmarktpolitische Dienstleister und kleinere Einrichtungen sind zurzeit noch nicht auf Sozialzentrumsebene darstellbar und werden in der Tabelle „Kommunale Beschäftigungsförderung nach dem BSHG in 2002“ daher als Gesamtfördervolumen auf Unterfondsebene dargestellt. Diese Kosten betragen insgesamt 3,355 Mio. €.

Das in 2002 völlig neu konzipierte Landesprogramm IQL – Erwerb von Berufsabschlüssen für Sozialhilfeempfänger/-innen – wird aufgrund des Umstellungsprozesses und der gemeinsamen Betrachtung mit Bremerhaven lediglich nachrichtlich dargestellt. Hier beträgt das Fördervolumen 1,027 Mio. €.

Über die genannten Maßnahmen wurden im Jahr 2002 folgende Personen gefördert:

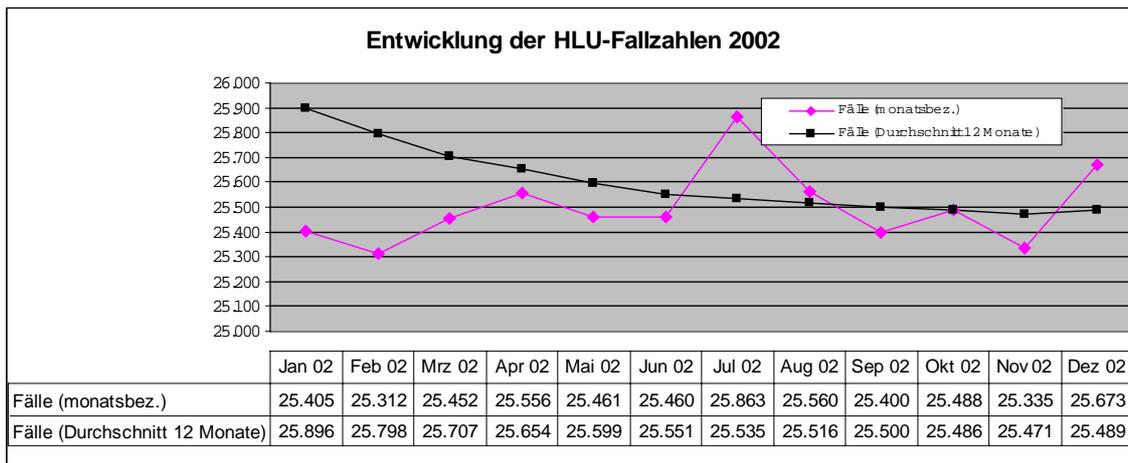
- Laufende Verträge (1.325 Personen),
- neu abgeschlossene Verträge (1.445 Personen),
- Qualifizierungs-, Stabilisierungs- und Berufsorientierungsmaßnahmen (1.380 Personen),
- Landesprogramm Strukturhilfe: hierüber wurde für 590 Vertragsinhaber/-innen nach § 19.2 bei zehn arbeitsmarktpolitischen Dienstleistern (enthalten in „Neu abgeschlossene Verträge“) der Overhead der die Beschäftigungs- und Personalentwicklungsmaßnahmen durchführenden Träger finanziert.

Insgesamt wurden in 2002 insgesamt 4.150 Sozialhilfeempfänger/-innen in Bremen gefördert.

Weitere 79 Fälle wurden in Bremen und Bremerhaven über das Landesprogramm IQL (Erwerb eines Berufsabschlusses) gefördert (nachrichtlich Darstellung in der Tabelle „Kommunale Beschäftigungsförderung nach dem BSHG in 2002“).

3. Wie groß ist die Anzahl der aus dem Hilfesystem gebrachten Fälle in der Wirtschaftlichen Hilfe oder das entsprechende geldwerte Äquivalent (Aufgliederung nach allen Sozialzentren und jeweils einzelnen Sozialzentren)?
 1. Aus der nachstehenden Tabelle ist zu entnehmen, dass sich der Fallbestand im Bereich der HLU auf durchschnittlich 25.489 Fälle im Jahr 2002 reduziert hat. Im Jahre 2001 lag der durchschnittlich Fallbestand noch bei 25.967 Fällen. Im Jahr 2002 wurden demnach durchschnittlich 478 Fälle abgebaut. Somit wurde der in der zwischen dem Amt für Soziale Dienste und dem Ressort abgeschlossenen Rahmenzielvereinbarung vereinbarte Fallabbau auf 25.502 Fälle im Jahresdurchschnitt für das Jahr 2002 erreicht. Der Haushaltskontrakt Sozialleistungen sah eine Fallreduzierung auf 26.100 Fälle im Jahresdurchschnitt vor. Dies wurde deutlich unterschritten.

Grafik: Entwicklung der HLU – Fallzahlen 2002



Hinweis: Die durchschnittlichen Fälle werden auf Basis der Fallzahlen der jeweils aktuellen und der jeweils elf vorherigen Monate berechnet.

Es wird aber auch deutlich, dass sich der Abbau im Jahresverlauf abschwächte, was u. a. auf die zunehmend schwieriger werdende gesamtwirtschaftlichen Lage zurückzuführen ist. Die sozialzentrumsbezogenen Entwicklungen der durchschnittlichen Fallzahlen im Jahr 2002 sind der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen.

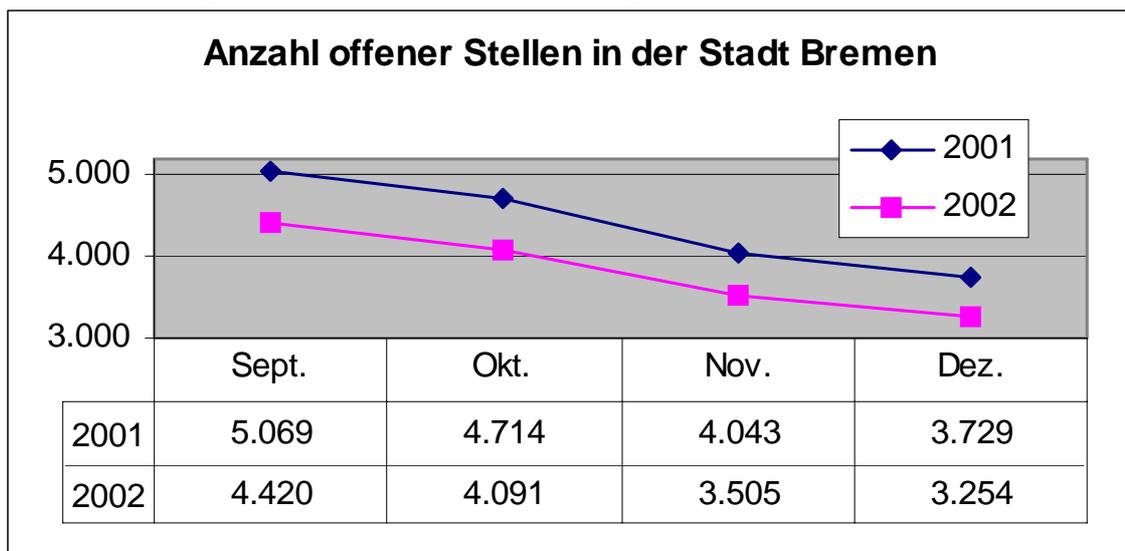
Tabelle: Durchschnittliche HLU-Fälle (Bedarfsgemeinschaften)

Durchschnittliche Fallzahl der letzten zwölf Monate

Sozialzentrum (SZ)	Dezember 2001	Dezember 2002	Abweichung
SZ 01 (Blumenthal)	1.660	1.626	34
SZ 02 (Vegesack)	1.672	1.713	- 41
SZ 03 (Burglesum)	1.333	1.331	2
SZ 04 (Gröpelingen)	2.651	2.655	- 4
SZ 05 (Walle/Findorff)	2.530	2.515	15
SZ 06 (Mitte/östliche Vorstadt)	2.058	2.000	58
SZ 07 (Neustadt/Woltmershausen)	3.283	3.240	43
SZ 08 (Huchting)	1.600	1.538	62
SZ 09 (Obervieland)	1.253	1.297	- 44
SZ 10 (Vahr/Horn-Lehe)	3.307	3.178	129
SZ 11 (Osterholz)	2.465	2.371	94
SZ 12 (Hemelingen)	1.693	1.623	70
Gesamt	25.505	25.087	418
Sonstige	462	402	60
Stadt	25.967	25.489	478

Die Erfolge des Fallmanagements werden unter anderen determiniert von der Möglichkeit, Hilfeempfänger in Arbeit zu bringen. Bei steigender Arbeitslosigkeit und sinkender Anzahl offener Stellen, wird die Realisierung eines Erfolges dementsprechend schwieriger. Der folgenden Grafik ist die Anzahl der offenen Stellen der Stadt Bremen zu entnehmen.

Grafik: Anzahl offener Stellen in der Stadt Bremen
(September bis Dezember 2001 und September bis Dezember 2002)



Hieraus ist ersichtlich, dass die Zahl der offenen Stellen in den letzten vier Monaten des Jahres 2002 um durchschnittlich rund 571 Stellen (- 13 %) unter den letzten vier Monaten des vorangehenden Jahres lag. Im gleichen Zeitraum ist auch die Quote „Anzahl Arbeitslose pro offener Stelle“ von 8,0 im Dezember 2001 auf 9,7 im Dezember 2002 gestiegen.

2. Aus der nachstehenden Tabelle ist zu entnehmen, dass das Amt für Soziale Dienste insgesamt gegenüber dem Vorjahr im Bereich der HLU Minderausgaben in Höhe von 3,88 Mio. € realisieren konnte, dennoch den Anschlag um 2,12 Mio. € überschritten hat.

Tabelle: Vorläufiger Jahresabschluss 2002 in der Produktgruppe 41.05.01

Finanzdaten	IST 2001	Anschlag 2002	13/02	Abweichung IST 2001 zu 13/02	
	(in Mio. €)	(in Mio. €)	(in Mio. €)	absolut	in %
Ausgaben	159,52	153,71	155,64	-3,88	-2,43%
-davon laufende Leistungen	127,37	122,07	123,99	-3,38	-2,65%
-davon Bekleidungshilfe	10,56	11,94	10,96	0,40	3,83%
-davon sonst. einmalige Leistungen	14,69	13,31	13,64	-1,05	-7,12%
-davon sonstige Ausgaben	4,05	2,80	4,28	0,23	5,80%
-davon HLU in Einrichtungen	2,87	3,58	2,77	-0,10	-3,43%
Einnahmen	21,34	20,62	19,87	-0,75	-6,85%

Die laufenden Ausgaben der HLU konnten nicht im erforderlichen Umfang reduziert werden, da die Wirkungen des aktivierenden Fallmanagements sich im Jahre 2002 noch nicht voll entfalten konnten, obwohl eine Reduzierung der Hilfeempfängerzahl erreicht wurde. Darüber hinaus wurde das Ergebnis durch den nicht zielgenau entwickelten Anschlag im Bereich der Drogenhilfe negativ beeinflusst.

Die Einnahmen lagen nach dem vorläufigen Abschluss um rund 0,75 Mio. € über den Erwartungen.

Die Haushaltsentwicklung ist auf Sozialzentrumsebene noch nicht möglich. Dies wird im Zuge der Einführung SAP auf Sozialzentrumsebene im Jahr 2003 realisiert.

4. Inwieweit hält der Senat die durch die Kontrakte festgelegten Ziele aus sozialpolitischer und finanzpolitischer Sicht für erfüllt, und welche Möglichkeiten sieht der Senat, um die Arbeit der Sozialzentren weiter zum Wohle der Hilfeempfänger zu verbessern?

Der Ansatz „aktivieren, fördern und fordern“ hat seine Berechtigung erfahren und muss konsequent weiter umgesetzt werden. Das Leistungsziel (Herauslösen der Hilfeempfänger aus der HLU) des

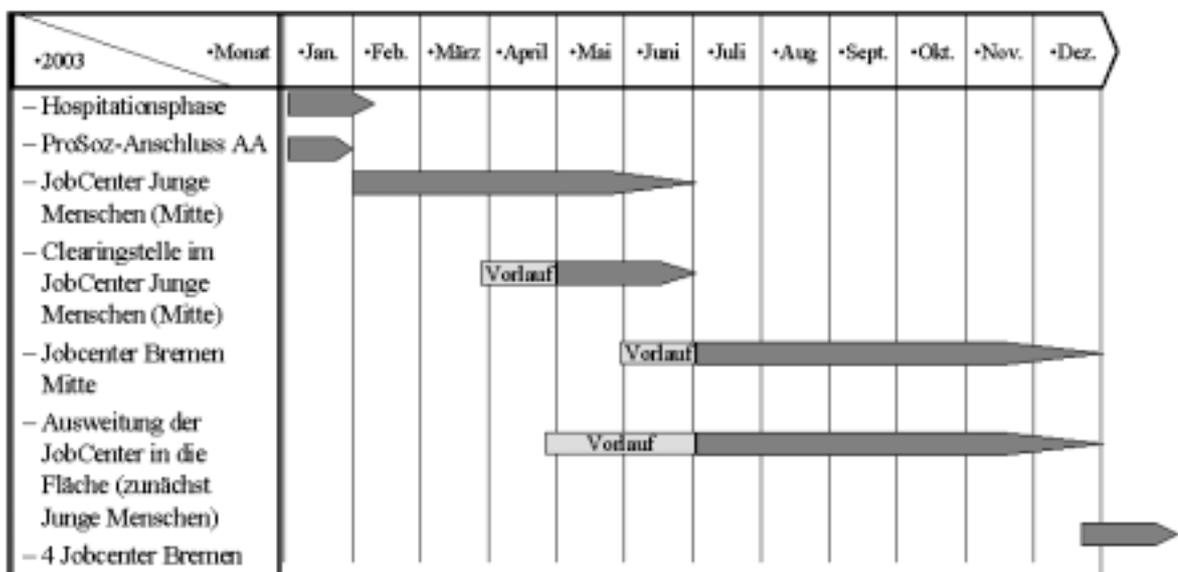
Haushaltskontraktes Sozialleistungen wurde annähernd erfüllt. Die Gesamtausgaben im Bereich der HLU wurden im Jahre 2002 gegenüber dem Jahr 2001 um rd. 3,7 Mio. € und gegenüber dem Jahr 2000 um rd. 7 Mio. € gesenkt. Der Anschlag wurde im Jahre 2002 jedoch überschritten.

Für die Sachbearbeitung setzt die zielgerichtete verantwortliche Steuerung der Fälle die Einführung einer neuen Arbeitsmethode sowie Spezialisierung voraus. Aus diesem Grunde wurde mit der Einrichtung der zwölf Sozialzentren bereits mit dem Aufbau des Fallmanagements in den Wirtschaftlichen Hilfen begonnen. Rechtlicher Anknüpfungspunkt ist eine veränderte Auslegung des § 1 Abs. 2 BSHG, wonach ein Gleichgewicht zwischen den vom Gesetzgeber im BSHG verankerten Aufgaben der Sozialhilfe, Versorgen einerseits – Aktivieren, Fördern und Fordern andererseits, hergestellt wird. Darüber hinaus ist – bei Beibehaltung der Arbeitsgruppenstruktur in den Wirtschaftlichen Hilfen – eine weitergehende Spezialisierung in der Sachbearbeitung auch zur zielorientierten Steuerung der Einnahmen erforderlich.

Eine Weiterentwicklung der Aufgabenwahrnehmung in den Wirtschaftlichen Hilfen ist darüber hinaus auch durch die Einführung der sozialen Grundsicherung sowie durch die Umsetzung der sich aus dem Hartz-Konzept ergebenden Reformen, wie zum Beispiel die Einführung von JobCentern und die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe erforderlich.

Mit den Vorarbeiten für den Aufbau der JobCenter in Bremen wurde im IV. Quartal 2002 begonnen.

Der unten stehende Zeitplan weist aus, wie bis Ende des Jahres 2003 die vier JobCenter in Bremen geschaffen werden sollen. Daneben wird der aktuelle Sachstand zum Zeitpunkt der Abfassung der Beantwortung der Großen Anfrage ausgewiesen.



Sachstand (14. März 2003) der gegenwärtigen Entwicklung des JobCenters Mitte:

- Infrastruktur JobCenter Junge Menschen vorhanden,
- Hospitationsphase abgeschlossen,
- Mitarbeiter des JobCenters Junge Menschen (Mitte) vor Ort (4 AfSD + 1 AA),
- Fallbestand im Aufbau (ca. 400); aktuell (Stand 14. März 2003) 320
- erster Fallabgleich/-sichtung abgeschlossen,
- erstes Controlling und Berichtswesen implementiert,
- Echtbetrieb des JobCenters Junge Menschen (Mitte) seit 3. Februar 2003.

Durch die JobCenter, in denen das aktivierende Fallmanagement der Sozialzentren mit der Arbeitsverwaltung zusammengeführt wird, soll es zu einer Verbesserung der Effektivität und Effizienz der Aufgabenwahrnehmung zum Wohle der arbeitsfähigen arbeitslosen Bürger/-innen in Bremen kommen.

Das Amt für Soziale Dienste hat mit den zwölf Sozialzentren und dem Aufbau der vier JobCenter – letztere zusammen mit dem Arbeitsamt Bremen – den richtigen und einen zeitgemäßen Modernisierungskurs eingeschlagen.

Das Amt soll weitgehend alle Dienstleistungen in sozialen Angelegenheiten für den Bürger in den Sozialzentren anbieten. Damit diese bürgernah und effizient ihre Dienstleistungen erbringen können, ist eine starke Verzahnung der sozialen Dienste in den zwölf Sozialzentren eingeleitet.

Darüber hinaus können die Ziele im Bereich der Hilfen zum Lebensunterhalt nur erreicht werden, wenn die beschlossenen und weitere wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Instrumente in der Stadt Bremen spürbare positive Effekte nach sich ziehen, so dass mehr Hilfeempfänger erfolgreich auf den Arbeitsmarkt vermittelt werden können.

Auch im Jahre 2003 wird das Amt für Soziale Dienste weiterhin alle Anstrengungen unternehmen, um Hilfeempfänger aus dem Bezug der HLU zu lösen. Dies ist jedoch nur in Verbindung mit anderen Institutionen, insbesondere dem Arbeitsamt und den Trägern von Fördermaßnahmen zu realisieren. Grundvoraussetzung dabei ist, neben den Steuerungsbemühungen des Amtes für Soziale Dienste auch eine positive Entwicklung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen.